

BRD: Ein Drittel lebt am Rand sozialer Existenz

In bezug auf die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD ist oft der Begriff „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ zu hören. Was verbirgt sich dahinter?

Dr. Christian Fornalski
Propagandist, Ambulante Gesundheitseinrichtung Salzwedel

Die Zeitung der DKP „Unsere Zeit“ erschien am 5. Mai dieses Jahres mit einer Sonderbeilage, die den Titel trug: „Alles in Butter?“ In einem der dort veröffentlichten Beiträge heißt es unter anderem: „In diesem Land wird alles in Mark umgerechnet: Zeit, Zuwendung, Fähigkeiten. Haste nix, biste nix. Ein Drittel hat nix, oder doch zuwenig, um mithalten zu können. Für dieses Drittel sind die Schaufenster nicht dekoriert. Die Caritas spricht von zehn Millionen Menschen, die an der Armutsgrenze leben. Die Zahl der Obdachlosen, soweit sie erfaßt sind, liegt in der Bundesrepublik bei 100 000. Wo die Obdachlosen liegen, wird von der Statistik nicht ausgewiesen. Kein schöner Land in dieser Zeit?“

Damit sind schon einige der Probleme umrissen, die kennzeichnend für die „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ sind: Auf der Grundlage der kapitalistische Gesellschaftsordnung charakterisierenden Spaltung in die beiden Grundklassen Proletariat und Bourgeoisie bildet sich eine Gesellschaftsstruktur heraus, die von einer wachsenden Polarisierung zwischen arm und reich, zwischen Wohlstand und Not gekennzeichnet ist. Diese Polarisierung hat in den Jahren seit Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die CDU/CSU/FDP-Koalition an Tempo und Schärfe zugenommen.

Massenarbeitslosigkeit, Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen,

Wohnungsnot, Umverteilungsprozesse von unten nach oben, wie zum Beispiel bei der kürzlich beschlossenen Gesundheitsreform - das sind wesentliche Quellen, aus denen die soziale Polarisierung von heute gespeist wird und die eben zu jenem Zustand führen, der als Zwei-Drittel-Gesellschaft gekennzeichnet wird. Wobei der Begriff der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ für jenen Bevölkerungsanteil steht, der über ein ausreichendes Einkommen verfügt, das in sich selbst natürlich erheblich differenziert ist und vom Milliardär bis zum gutbezahlten Facharbeiter reicht. Diese „Zwei Drittel“ dienen BRD-Politikern und den vom Kapital besoldeten Medien in der Regel als Aushängeschild für angeblich soziale Sicherheit und verwirklichte Menschenrechte in der BRD.

Weniger ist vom „letzten Drittel“ der Gesellschaft zu hören, also von dem Teil der BRD-Bevölkerung, der in wachsendem Maße relativer und absoluter Verarmung unterliegt. Den Kern dieses Bevölkerungsanteils bilden zweifellos jene Werktätige, die ihren Arbeitsplatz verloren und als Langzeit- oder Dauerarbeitslose kaum eine Chance haben, jemals wieder einen Arbeitsplatz zu erhalten. Denn jahrelang arbeitslos zu sein, bedeutet letztlich, alle Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung zu verlieren, wie das 43 von 100 Arbeitslosen in der BRD geht, und von Sozialhilfe oder Zu-

wendungen von Angehörigen zu leben.

Doch selbst ein Arbeitsplatz ist unter den gegenwärtigen Bedingungen zunehmender Flexibilisierung der Ausbeutung keine Garantie für ein ausreichendes Einkommen und ein Mindestmaß an sozialer Sicherung. Die Unternehmer in der BRD gehen verstärkt dazu über, Werkstätige in Teilzeitarbeit, Leiharbeit und mit befristeten Arbeitsverträgen zu beschäftigen. Das zahlt sich für die Kapitalisten aus. Denn erwiesenermaßen ist die Arbeitsintensität bei Teilzeitarbeit in der Regel höher als bei Normalarbeitsverhältnissen. Doch die Entlohnung ist niedriger. Aus einer Analyse der IG Metall geht hervor, daß sich im Zeitraum von Mai 1985 bis Mai 1986 in ihrem Wirkungsbereich die Zahl der Beschäftigten um 3,9 Prozent, die Zahl der befristeten Arbeitsrechtsverhältnisse jedoch um 58,7 Prozent erhöht hat. Gegenwärtig erfolgen etwa 50 Prozent aller Neueinstellungen nur noch auf der Grundlage befristeter Arbeitsverhältnisse.

Wer in der BRD beispielsweise nur einen Arbeitsvertrag bis zu 14 Wochenstunden erhält, hat keinerlei Anspruch auf Kranken-, Renten- oder Arbeitslosenversicherung. Das betrifft immerhin schon 16 Prozent der teilzeitbeschäftigten Frauen. Weitere 8 Prozent arbeiten zwischen 15 und 19 Stunden wöchentlich und haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Mehr als 1,5 Millionen Teilzeitarbeitsplätze sind nicht sozialversicherungspflichtig.

Weitere Opfer der Zwei-Drittel-Gesellschaft in der BRD sind jene älteren Menschen, vorwiegend Frauen, die nur eine geringe Rente erhalten; Behinderte, die von Sozialfürsorge leben, aber auch junge Menschen, die nach dem Schulabschluß keinen Arbeitsplatz finden. Auch immer mehr Klein- und Mittelbauern, die ihre Höfe aufgeben müssen, werden ins soziale Abseits gedrängt.